

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Einleitung	1
A) Gegenstand der Untersuchung	1
B) Theoretisches und methodisches Vorverständnis	14

1. Teil:

Die Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

A) Bestandsaufnahme	17
B) Analyse der Bestandsaufnahme	128
C) Fazit: Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers zwischen Staatsaufgabenverständnis und Methodenbewusstsein	160

2. Teil:

Grundlagen und Grenzen der Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers

<i>1. Kapitel:</i> Der Grundsatz der Gewaltenteilung – Legislative und Judikative	169
A) Grundgedanke und historische Entwicklung	170
B) Der Grundsatz der Gewaltenteilung im Grundgesetz	174
C) Ergebnis	197

2. Kapitel: Die Gestaltungsmacht der Gesetzgebung	200
A) Gesetzgebung als Aufgabe des Parlaments	200
B) Gesetzgebung als Ergebnis demokratisch legitimierter Repräsentation	212
C) Konsequenzen aus der Funktion der Gesetzgebung und der Legitimation des Gesetzgebers	223
D) Ergebnis	230
 3. Kapitel: Die unmittelbare Bindung der Gesetzgebung an die Grundrechte	232
A) Unterlassungspflicht – Pflicht zur Unterlassung gesetz- geberischer Aktivität	234
B) Handlungspflicht – Pflicht zur gesetzgeberischen Aktivität	367
C) Obliegenheiten des Gesetzgebers im Gesetzgebungsverfahren ..	410
D) Zusammenfassung des Kapitels	440
 4. Kapitel: Die Kontrolle der Verfassungsbindung der Gesetzgebung durch das Bundesverfassungsgericht	445
A) Stellung des Bundesverfassungsgerichts	447
B) Kontrolle der Gesetzgebung durch gerichtsförmige Konkretisierung des Grundgesetzes	465
C) Ergebnis: Ein Gericht zur Kontrolle der rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen parlamentarischer Gesetzgebung	521
Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	525
Schlusswort	536
 Literaturverzeichnis	537
Stichwortverzeichnis	565

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Einleitung	1
A) Gegenstand der Untersuchung	1
B) Theoretisches und methodisches Vorverständnis	14

1. Teil:

Die Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

A) Bestandsaufnahme	17
I. Einleitung: Die Rechtsprechung bis zum Apothekenurteil	17
II. Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialordnung	20
1. Wirtschaftsordnung	20
a) Das Apothekenurteil und Nachfolgeentscheidungen	20
b) Struktur- und Maßnahmegesetze	23
aa) Schutz für wirtschaftliche Strukturen im Personen- und Gütertransport	23
bb) Die Mühlenbeschlüsse	27
cc) Erdölbevorratung und Absicherungsgesetz	31
dd) Sozietätsverbote und Singularzulassung für Rechtsanwälte ...	32
ee) Eingliederung privater Leistungserbringer in den öffentlichen Rettungsdienst	34
c) Versuch einer Typologisierung im Mitbestimmungsurteil	36
d) Einschätzungsprärogative überall: zwischen Laden- schlusszeiten und Hufbeschlagnahme	39
2. Arbeitsordnung	40
a) Das Verbot der Arbeitnehmerüberlassung	40
b) Die Erstattung von Arbeitslosengeld gemäß § 128 AFG	41

c) Die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit während Arbeitskämpfen	43
3. Sozialordnung	45
a) Kostendämpfung im Gesundheitswesen – „eine unendliche Geschichte“	45
b) Schutz des ehelichen Zusammenlebens	50
c) Elternrecht von Vätern nichtehelicher Kinder	52
4. Zwischenergebnis	54
III. Freiheit und Sicherheit: Prävention, Repression und Sanktion ...	55
1. Gefahrenabwehr und Gefahrenvorsorge	55
2. Effektive staatliche Strafverfolgung	58
3. Von Strafen und Maßregeln	60
a) Lebenslange Freiheitsstrafe und unbefristete Sicherungsverwahrung	60
b) Die Strafbarkeit von Cannabiskonsum	63
c) Strafbarkeit von Strafverteidigern wegen Geldwäsche	65
d) Strafbarkeit des Geschwisterinzests	65
4. Zwischenergebnis	66
IV. Wissenschaft, Kunst und Rundfunk zwischen Eigengesetzlichkeit und gesetzlicher Ausgestaltung	67
1. Die Geschichte eines Substanzverlustes	67
a) Das erste Hochschulurteil und seine Nachfolger	67
b) Die Entscheidungen zum nordrhein-westfälischen, brandenburgischen und hamburgischen Hochschulrecht	69
2. Die Kunst ist frei, aber nicht frei von Unsicherheit	73
3. Veränderte Technik, unveränderte Dogmatik	74
a) Rundfunkfreiheit als dienende Freiheit und ihre Entfaltung durch das Bundesverfassungsgericht	75
b) Prognosen und Annahmen im Zusammenhang mit der Rundfunkfreiheit	79
4. Zwischenergebnis	82
V. Der Schutz von Leben und Gesundheit	83
1. Der Schutz des ungeborenen Lebens	83
a) Das erste Urteil zur Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen ..	83
b) Das zweite Urteil zur Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen	85
c) Der Streit um das bayerische Schwangeren- und Familienhilfegesetz	89
2. Der Schutz des Menschen vor sich selbst	91
a) Tabakwarnhinweise	91
b) Die Frage der Trägerschaft von Spielbanken	92

c) Staatliches Sportwettmonopol zwischen Spielsucht und fiskalischen Interessen	94
3. Der Schutz vor technischen und gesellschaftlichen Gefahren und Risiken	97
a) Schutz vor den Gefahren und Risiken der Nukleartechnik	97
b) Schutz vor den vom Fluglärm ausgehenden Gefahren und Risiken	99
c) Schutz vor gefährlichen Hunden	101
d) Schutz vor gentechnisch veränderten Organismen	103
4. Zwischenergebnis	106
VI. Der Zusammenhang von Freiheit und Gleichheit	107
1. Von der Willkürformel zur Verhältnismäßigkeit	107
a) Ungleichbehandlungen als Mittel der Wirtschaftslenkung	107
b) Ungleichbehandlungen im Transsexuellenrecht	110
c) Beitragsunterschiede und Risikostrukturausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung	112
2. Von der Verhältnismäßigkeit zur Folgerichtigkeit – der Nichtraucherschutz	114
3. Zwischenergebnis	117
VII. Gesetzgebungskompetenzen, Gebietsreformen und Haushaltsgesetzgebung	117
1. Erforderlichkeit einer bundeseinheitlichen Regelung	117
2. Kommunale Gebietsreform und kommunale Aufgabenzuordnung	122
3. Einschränkungen der Kreditaufnahme zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	124
4. Zwischenergebnis	127
B) Analyse der Bestandsaufnahme	128
I. Begriffs- und Inhaltsbestimmung der Einschätzungs- prärogative des Gesetzgebers	128
1. Wechselnde Terminologie in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	128
2. Struktur und Inhalt der Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers	130
3. Zwischenergebnis	134
II. Versuch der Typologisierung	135
1. Typologisierungen in Rechtsprechung und Literatur	135
a) Drei-Stufen-Lehre des Bundesverfassungsgerichts	135
aa) Inhalt der Drei-Stufen-Lehre und Abgrenzung zur Drei-Stufen-Theorie	135

bb) Kritik der Drei-Stufen-Lehre	137
cc) Faktoren für die Anwendung der Drei-Stufen-Lehre	138
b) Die Vorschläge von Lerche, Ossenbühl, Breuer und Meßerschmidt	139
2. Typologisierung anhand der Rechtsprechung und Argumentationsmuster	142
a) Verhältnis von Staat und Gesellschaft	143
aa) Freiheits- und Gleichheitsrechte	143
bb) Grundrechtsdimensionen	144
cc) Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers zwischen Übermaß- und Untermaßverbot	145
(1) Gemeinwohl- und Gefahrenprärogative	145
(2) Eignungsprärogative	148
(3) Erforderlichkeitsprärogative	149
(4) Wirkungsprärogative	150
b) Verhältnis von Bund, Ländern und Gemeinden sowie Grenzen der Kreditaufnahme	152
aa) Vertikale Kompetenz- und Aufgabenzuordnungsprärogative ..	152
bb) Horizontale Aufgabenzuordnungsprärogative	154
cc) Verschuldungsprärogative	156
c) Entscheidungserhebliche Argumentationsmuster	156
aa) Objektive Darlegungslast	157
bb) Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht	158
d) Schlussfolgerungen und offene Fragen	159
C) Fazit: Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers zwischen Staatsaufgabenverständnis und Methodenbewusstsein	160

2. Teil:

Grundlagen und Grenzen der Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers

1. Kapitel: Der Grundsatz der Gewaltenteilung – Legislative und Judikative	169
A) Grundgedanke und historische Entwicklung	170
B) Der Grundsatz der Gewaltenteilung im Grundgesetz	174
I. Die Rückbindung der Gewaltenteilung an die Verfassungs- ordnung	174

1. Systematik des Grundgesetzes und Wortlaut von Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG	174
2. Verfassungsrecht und Freiheitsgewinn als Quellen der normativen Kraft der Gewaltenteilung	176
II. Gewaltenteilung im Grundgesetz als freiheitssichernde Statusordnung und freiheitsermöglichende Funktionsordnung	178
1. Gewaltenteilung zwischen Grundrechtsbindung und Demokratieprinzip	178
2. Skizzierung der Funktionen	180
a) Gesetzgebung	180
b) Rechtsprechung	181
3. Konstituierung und Zuordnung	181
4. Balancierung der Funktionen: Darstellung und Kritik anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundsatz der Gewaltenteilung	183
a) Grundsatz der Gewaltenteilung und Durchbrechungen, Grundsatz der Gewaltendurchbrechungen	184
b) Kernbereichsschutz	187
c) Funktional-rechtliche Betrachtung	190
d) Notwendigkeit materiell-rechtlicher Maßgaben	193
C) Ergebnis	197
2. Kapitel: Die Gestaltungsmacht der Gesetzgebung	200
A) Gesetzgebung als Aufgabe des Parlaments	200
I. Gesetzgebung in Art. 1 Abs. 3 GG und Art. 20 Abs. 2 S. 2 und Abs. 3 GG	200
1. Identische begriffliche Bedeutung	200
2. Organ- und funktionsbezogenes Aufgabenverständnis	201
II. Das Parlament als maßgebliches Gesetzgebungsorgan	202
1. Sachverstand und innere Organisation	203
2. Erkenntnistheoretische Annahmen zum Parlamentarismus	204
3. Parlamentarische Arbeit zwischen funktionalen Notwendigkeiten und institutioneller Selbstbehauptung	208
III. Parlamentarische Gesetzgebung als Mittel der Zukunftsgestaltung zwischen Größe und Not	209

B) Gesetzgebung als Ergebnis demokratisch legitimierter Repräsentation	212
I. Repräsentation des Staatsvolkes	213
1. Das Volk als Inhaber der Staatsgewalt	213
2. Repräsentation als Mittel der Willensbildung	214
II. Legitimation durch den Citoyen, Personalität des Bourgeois ...	215
1. Formen demokratischer Legitimation	215
2. Die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft als Voraussetzung demokratisch legitimierter Herrschaftsausübung und persönlicher Freiheit	218
a) Bedeutung für das Thema	218
b) Von der Trennung zur Unterscheidung bis zur Infragestellung der Unterscheidung	219
c) Verfassungsrechtliche Notwendigkeit, Staat und Gesellschaft zu unterscheiden	220
C) Konsequenzen aus der Funktion der Gesetzgebung und der Legitimation des Gesetzgebers	223
I. Parlamentsvorbehalt, Vorbehalt des Gesetzes und sog. Wesentlichkeitstheorie	223
II. Mögliche Begründungen für eine Einschätzungsprärogative des Parlaments	226
1. Ein der Gesetzgebungsfunktion immanentes Vorrecht	226
2. Demokratische Legitimation des parlamentarischen Gesetzgebers	228
3. Politische Verantwortung der Repräsentanten	229
D) Ergebnis	230
3. Kapitel: Die unmittelbare Bindung der Gesetzgebung an die Grundrechte	232
A) Unterlassungspflicht – Pflicht zur Unterlassung gesetzgeberischer Aktivität	234
I. Der Grund: Vom Untertan zum Grundrechtsträger	234
1. Freiheitsverständnis und Statuslehre im 19. Jahrhundert	234
a) Monarchisches Prinzip und der Vorbehalt des Gesetzes	234
b) Das subjektive Recht als rechtlich sanktioniertes Können	238
2. Weimarer Diskussionen	239

3. Die Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht	241
a) Vorrang der Grundrechte und Bindung des Gesetzgebers	241
b) Freiheitsrecht und grundrechtlicher Status	242
4. Zwischenergebnis	246
II. Der Inhalt: Grundrechtsbindung zwischen Prinzipientheorie der Grundrechte und Positivität der Grundrechte	247
1. Die Prinzipientheorie der Grundrechte	250
a) Überblick über den Inhalt sowie die Stärken und Schwächen der Prinzipientheorie der Grundrechte	250
b) Kritik der Prinzipientheorie der Grundrechte	253
aa) Grundrechtstheorie zwischen Grundrechtsfunktionen- und Strukturtheorie	253
bb) Grundrechtstheorie als juristisch-dogmatische Theorie	255
2. Die Positivität der Grundrechte	258
a) Die Konzeption von Friedrich Müller	258
aa) Normtheoretische Prämissen	258
bb) Weites Tatbestands-, enges Schrankenverständnis	260
b) Textgebundenheit, Sachbereichsanalyse und Eigengesetzlichkeit als Hauptmerkmale der Positivität der Grundrechte	262
aa) Notwendigkeit der Textinterpretation	262
bb) Sachbereichsanalyse unter den Vorzeichen des Gegensatzes von Sein und Sollen	264
cc) Eigengesetzlichkeit grundrechtlicher Freiheit	267
c) Die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft als Leitidee der Positivität der Grundrechte	270
3. Konsequenzen aus der (grund-)rechtstheoretischen Positionsbestimmung	274
a) Keine Optimierungspflicht des Gesetzgebers als Folge der Ablehnung der Prinzipientheorie der Grundrechte	274
b) Notwendigkeit der Verfassungskonkretisierung als Folge der geforderten Positivität der Grundrechte	276
aa) Begriff der Konkretisierung	276
bb) Methodologische und funktional-rechtliche Einwände	278
(1) Das Problem der Gleichsetzung von Verfassungs- interpretation und Konkretisierung	278
(2) Gefahr der Konstitutionalisierung und Entstufung der Rechtsordnung	282
cc) Konkretisierung als Vorgang der Normerzeugung	286
(1) Einheit der Verfassung und praktische Konkordanz als Konkretisierungskriterien	286
(2) Rationalisierungs- und Operationalisierungsparameter für die Konkretisierung	289
(3) Abschied vom Ziel des optimalen Ausgleichs als Ergebnis praktischer Konkordanz	294
4. Zwischenergebnis	295

III. Der Maßstab für Pflichtverletzungen: das Übermaßverbot	297
1. Grundlagen der Normativität	297
a) Historische Wurzeln	297
b) Rechtsstaatsprinzip	299
c) Grundrechte	301
d) Zwischenergebnis	304
2. Inhalt des Übermaßverbots	304
a) Legitimer Zweck	306
aa) Offene Zukunft und Offenhalten der Zukunft	306
bb) Zwecksetzungskompetenz des Gesetzgebers aus der Verfassung in den Grenzen der Verfassung	310
cc) Präzise Zweckbestimmung als Konkretisierungs- voraussetzung	314
dd) Folgen für den Gemeinwohl- und Gefahrenspielraum des Gesetzgebers	316
b) Geeignetheit	319
aa) Inhaltliche Anforderungen	319
bb) Folgen für den Geeignetheitsspielraum	323
c) Erforderlichkeit	324
aa) Inhaltliche Anforderungen	324
bb) Folgen für den Erforderlichkeitsspielraum	329
d) Angemessenheit	330
aa) Die Angemessenheitsprüfung als Teil des Übermaßverbots zwischen Rationalität und Subjektivität	330
bb) Inhalt der Angemessenheitsprüfung	333
cc) Angemessene Konkretisierung, angemessener Gestaltungs- spielraum des Gesetzgebers	334
dd) Gefahr der Ebenenvermischung	336
ee) Unangemessenheit einer übermäßig-folgerichtigen Gleichbehandlung	338
ff) Folgen für den Wirkungsspielraum	343
e) Zwischenergebnis: Einschätzungsspielräume des Gesetzgebers als konkretisierungsimmanente Spielräume	345
IV. Die Folgen von Pflichtverletzungen:	
Anspruch auf Beseitigung normativen Unrechts	348
1. Der Beseitigungsanspruch zwischen status negativus und Grundrechtsverletzung	349
2. Vom normativen Recht zum normativem Unrecht	353
a) Unter temporärem Vorbehalt verfassungsgemäß	353
b) Existenz und Voraussetzungen eines Äquivalenzpunktes	355
c) Das Ende des zeitlichen Einschätzungsspielraums	357
d) Feststellung des Äquivalenzpunktes	358
3. Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht des Gesetzgebers	359
a) Rechtsgrund und Inhalt	359

aa) Nachbesserungspflicht	360
bb) Beobachtungspflicht	361
b) Von der Beobachtungs-, zur Nachbesserungs- und zur Beseitigungspflicht	362
4. Zwischenergebnis	364
V. Ergebnis: Temporärer Einschätzungsspielraum im Rahmen der Konkretisierung der grundrechtlichen Abwehrdimension ..	365
B) Handlungspflicht – Pflicht zur gesetzgeberischen Aktivität	367
I. Überblick über den Grund: Die Pflicht des Staates zu schützen	367
1. Staatstheoretischer Prolog	367
2. Die objektiv-rechtliche Dimension der Grundrechte zwischen Wertordnung und reflexivem Verständnis der Abwehrfunktion	369
a) Das Gewaltmonopol als Ausgangspunkt staatlicher Handlungspflichten	369
b) Pflicht zum Schutz der grundgesetzlichen Wertordnung	370
c) Mögliche Rückführung grundrechtlicher Handlungs- pflichten auf ein reflexives Verständnis der Abwehrfunktion	371
d) Praktische Anerkennung von Handlungspflichten und Nähe zu Staatszielbestimmungen	374
3. Grundrechtstheoretischer Pragmatismus und grundrechts- dogmatischer Epilog	376
II. Der Inhalt: Grundrechtsbindung zwischen Konkretisierung und Mediatisierung	377
1. Die unbestimmte Positivität der grundrechtlichen Handlungspflicht	377
2. Konkretisierung durch das einfache Recht	379
3. Folgen der gesetzlichen Mediatisierung der Handlungspflicht	380
a) Gefahr der Konstitutionalisierung und Juridifizierung der Rechtsordnung	380
b) (A-)Symmetrie von Abwehrfunktion und Handlungspflicht	381
c) In dubio pro libertate	384
4. Zwischenergebnis	386
III. Der Maßstab für Pflichtverletzungen: Das Untermaßverbot ...	387
1. Evidenzkontrolle und Untermaßverbot	388
2. Die Anforderungen des Untermaßverbots im Spiegel des Übermaßverbots	391
a) Beispiele für Versuche der Operationalisierung	391
b) Kongruenz und Divergenz von Untermaß- und Übermaßverbot .	393

3. Folgen für die Einschätzungsspielräume des Gesetzgebers ..	396
4. Zwischenergebnis	399
IV. Die Handlungspflicht zwischen Pflicht zur Beseitigung normativen Unrechts und Anspruch auf Grundrechtsschutz ...	400
1. Unbestimmter Anspruch auf Grundrechtsschutz	401
2. Vom normativen Unrecht zum normativen Recht, vom normativen Recht zum normativen Unrecht	403
3. Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht des Gesetzgebers	405
4. Zwischenergebnis	407
V. Ergebnis: Temporärer Einschätzungsspielraum im Rahmen der Konkretisierung der grundrechtlichen Schutzdimension ...	408
C) Obliegenheiten des Gesetzgebers im Gesetzgebungsverfahren ..	410
I. Konkretisierung der Grundrechte durch rationale Verfahren ...	410
II. Das Gesetzgebungsverfahren als potentieller Rationalitäts- agent der unmittelbaren Grundrechtsbindung	412
1. Äußeres Gesetzgebungsverfahren	413
2. Inneres Gesetzgebungsverfahren	413
a) Denkbare Pflicht des Gesetzgebers nachzudenken und zu überdenken	413
aa) Allgemein: Inhalt und Bezüge zu den Einschätzungs- spielräumen	413
bb) Insbesondere: Gesetzesfolgenabschätzung und -evaluation ...	415
b) Verfassungsrechtliche Anknüpfungspunkte	417
c) Konsequenzen einer Pflicht zum Nachdenken für das Gesetzgebungsverfahren	419
aa) Rechtliche Determinierung des politischen Prozesses	419
bb) Große Not der Erkenntnis und Erkenntnis der Not als Größe	420
cc) Primat der Rationalität und Folgerichtigkeit	422
3. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Rationalität von Gesetzgebungsverfahren	424
4. Zwischenergebnis	429
III. Der Gesetzgeber schuldet (fast) nur das Gesetz	430
1. Demokratische Gesetzgebung zwischen Deduktion und Induktion	431
2. Die Obliegenheit zum Nachdenken als Folge notwendiger Verfassungskonkretisierung	434
IV. Ergebnis	438
D) Zusammenfassung des Kapitels	440

4. Kapitel: Die Kontrolle der Verfassungsbindung der Gesetzgebung durch das Bundesverfassungsgericht	445
A) Stellung des Bundesverfassungsgerichts	447
I. Das Bundesverfassungsgericht ist ein Gericht	447
1. Positiv-rechtliche Zuordnung	447
2. Das Bundesverfassungsgericht als Teil der recht- sprechenden Gewalt	448
a) Richterliche Unabhängigkeit und Gesetzesbindung	448
b) Kontrollfunktion	450
c) Außeninitiiierung der Verfahren	452
d) Begründung von Entscheidungen	452
II. Das Bundesverfassungsgericht ist ein Verfassungsorgan	453
1. Begründung der Stellung und Statusstreit	453
2. Status als Verfassungsorgan und (Verfassungs-)Politik	454
3. Konsequenzen aus dem Verfassungsorganstatus	458
a) Allgemeine Konsequenzen	458
b) Konsequenzen für die Kontrollbefugnisse	459
III. Das Bundesverfassungsgericht ist demokratisch legitimiert	463
B) Kontrolle der Gesetzgebung durch gerichtsförmige Konkretisierung des Grundgesetzes	465
I. Verpflichtung auf die Positivität der Verfassung	465
1. Hüter des Vorrangs der Verfassung	465
2. Die Verfassung zwischen Positivität, Wirklichkeit und einfachem Recht	467
3. Herr der Interpretationsmethode – von Richtern und Pianisten	471
II. Formen gerichtsförmiger Konkretisierung	475
1. Normenkontrolle und Normverwerfung als Teil des Konkretisierungsvorgangs	475
a) Kontrolle der Pflichten und Obliegenheiten des Gesetzgebers	476
b) Entscheidungsformen	478
2. Beweiserhebung durch das Bundesverfassungsgericht gemäß § 26 Abs. 1 BVerfGG	481
a) Sachbestimmte Normativität, sachbestimmte Kontrolle	481
b) Reichweite des Untersuchungsgrundsatzes in Normen- kontrollverfahren und (un-)mittelbaren Rechtssatz- verfassungsbeschwerden	482
aa) Sachverhaltsaufklärung als Verfassungsgebot	482

bb) Normative Konnexität zwischen den Obliegenheiten des Gesetzgebers im Gesetzgebungsverfahren und der gerichtlichen Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung	489
cc) Darlegungslast des Gesetzgebers nach Maßgabe des materiellen Rechts	494
III. Zeitbedingtheit gerichtsförmiger Konkretisierung	497
1. Die Bedeutung des Faktors Zeit	497
2. Der maßgebliche Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage	499
a) Die ex-ante Sicht – maßgeblich ist der Zeitpunkt, in dem das Gesetz zustande kommt	499
b) Die ex-post Sicht – maßgeblich ist der Zeitpunkt, in dem das Gericht entscheidet	501
IV. Die Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers als Divergenz von Kontrollmaßstab und Kontrolldichte	503
1. Kongruenz von Handlungsmaßstab und Kontrollmaßstab ..	504
2. Möglichkeit der Divergenz von Kontrollmaßstab und Kontrolldichte	507
a) Judicial self-restraint	508
b) Die normative Konnexität zwischen Gesetzgebungsverfahren und verfassungsgerichtlicher Kontrolle als Rechtsgrund für die Divergenz	509
V. Konsequenzen der gerichtsförmigen Konkretisierung	511
1. Mediatisierung der demokratischen Legitimation des Parlaments	511
2. Der primär temporäre Charakter der Einschätzungs- prärogative des Gesetzgebers	513
3. Operationalisierung der Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers	516
C) Ergebnis: Ein Gericht zur Kontrolle der rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen parlamentarischer Gesetzgebung	521
Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	525
Schlusswort	536
Literaturverzeichnis	537
Stichwortverzeichnis	565